

NAHVERKEHRSABGABE BITTE WARTEN

Ein Muss: Mehr Bahn und Bus

Seit Jahren wird diskutiert, wer den notwendigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs finanzieren soll. Ein Lösung wäre eine Nahverkehrsabgabe wie die „U-Bahnsteuer“ in Wien. Dort zahlen alle Betriebe für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die KPÖ wagte einen ähnlichen Vorstoß im Landtag. Kontraproduktiv ist die angesetzte Tarifierhöhung.

Verkehrstote, Feinstaub, Staus, Lärmbelästigung – der Verkehr wirft enorme Probleme auf. Vor allem Ballungsräume ersticken an den Folgen des steigenden Verkehrsaufkommens. Die KPÖ macht sich für eine Nahverkehrsabgabe stark,

mit deren Hilfe der öffentliche Verkehr ausgebaut werden soll – als Alternative zu Auto und Co. Das Umsteigen muss freilich schmackhaft sein. Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel sind unumgänglich.

**Helfen Sie, Ihre Bus- und Bahnlinie zu retten.
Telefonabstimmung unter 0820 91 92 20
oder
auf www.busundbahn.at**



In der Landtagssitzung im Februar hat die KPÖ einen Antrag gestellt, um die Landesregierung aufzufordern, Vorschläge zur Einführung eines Nahverkehrsbeitrages auszuarbeiten, der von den steirischen Unternehmen bezahlt werden soll. Die Vorschläge sollten dann in weiterer Folge vom Landtag abgesegnet werden.

Mehr Lebensqualität

KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger argumentierte, die entscheidende Frage der Finanzierung werde immer aufgeschoben. Kaltenegger: „Die Nahverkehrsabgabe funktioniert in Wien blendend. Damit wurde die U-Bahn errichtet.“ Die Investitionen in den öffentlichen Verkehr bringen Arbeitsplätze und erhöhen die Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Staus und Wartezeiten entfallen, das Unfallrisiko sinkt, die Lebensqualität steigt, meint die KPÖ. Außerdem könne man dadurch Kosten sparen:

Pro 1000 Personenkilometer fallen beim Pkw 470 Euro an Kosten an, beim öffentlichen Verkehr sind es nur 210 Euro.

„Heute trennt sich die Spreu vom Weizen. Einerseits die Spreu derer, die den öffentlichen Verkehr durch Massensteuern finanzieren wollen, andererseits der Weizen derjenigen, die dafür eintreten, dass für den öffentlichen Verkehr bezahlt, wer in erster Linie davon profitiert. Das sind allemal die Unternehmer. Denn sie haben ein Interesse, dass ihre Beschäftigten rechtzeitig zur Arbeit kommen“, sagte KPÖ-Mandatar Werner Murgg bei der Landtagssitzung in Richtung SPÖ.

Gegen höhere Tarife

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Die KPÖ wird aber weiterhin für einen brauchbaren öffentlichen Verkehr kämpfen.

Und das ist vor allem angesichts der Tarifierhöhungen beim öffentlichen Verkehr notwendig. Die Grazer Verkehrsbetriebe wollen ihre Preise um vier Prozent anheben, was sich im Verbundnetz des gesamten Großraums auswirken wird. Und auch die ÖBB haben ihre Tarife erst unlängst angeboten.

„Die ständigen Verteuerungen beim öffentlichen Verkehr sind an Absurdität nicht zu überbieten. Man schreckt nicht nur neue Kunden ab, sondern trifft jene besonders, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Dafür werden riesige Summen für Werbemaßnahmen ausgegeben, um die Menschen zum Umstieg auf den umweltfreundliche Verkehrsmittel zu bewegen“, so Kaltenegger.

Umfrage Nahverkehr:

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie! Verlost werden Buchpreise und „Vota Comunista“ T-Shirts

Wie soll der öffentliche Verkehr finanziert werden? (Bitte ankreuzen)

- 1.) höhere Fahrpreise
- 2.) Einsparungen bei den Leistungen
- 3.) Finanzierung über Massensteuer
- 4.) Nahverkehrsabgabe, die von den Unternehmen getragen wird, weil die Wirtschaft von einem gut funktionierenden öffentlichen Verkehr profitiert

Weitere Vorschläge: _____

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



An das

**GRAZER
Stadtblatt**

c/o KPÖ-Klub
im Grazer Rathaus
8010 Graz

Fax: 0316 / 872 21 59